„Russland zu Verhandlungen bewegen“

Im Interview: Europaabgeordneter Joachim Schuster (SPD) fordert, nicht nur mit Waffenlieferungen zu helfen

Joachim Schuster (60)
gehört seit 2014 dem Europäischen Parlament als Abgeordneter an. Der Sozialdemokrat hat bei seiner Arbeit insbesondere die Interessen Bremens im Auge, er vertritt die Freie Hansestadt in Brüssel.

Herr Schuster, Sie haben zuletzt für Furore gesorgt, als Sie im Europaparlament einer EU-Erklärung Ihre Zustimmung verweigert haben, mit der Russland zu einem Terrorstaat erklärt werden sollte. Hat Sie die Kritik daran getroffen?

Joachim Schuster: Ja, das hat ein breites Echo gegeben. Ich habe dagegen gestimmt, weil es politisches Ziel der Erklärung war, dass man mit Russland überhaupt nicht mehr reden kann. Gleichzeitig wurde auch wieder eine drastische Verstärkung der Lieferung auch schwerer Waffen gefordert und Diplomatie eine vollständige Absage erteilt.

Gehört die Nato, gehört Deutschland nicht schon zu den Kriegsparteien? Putin hat das in seiner Rede ans Volk in dieser Woche behauptet.

diplomatische Vereinbarungen, das betrifft die Ausfuhr von Getreide. Da beraten täglich Militärs beider Seiten, wie Schiffe überprüft werden, welche Routen sie fahren. Das könnte man Schritt für Schritt ausbauen. Verhandeln könnte man beispielsweise über entmilitarisierte Zonen um Atomkraftwerke, auch über solche Zonen um Krankenhäuser. So könnte Vertrauen geschaffen werden. Ein zweiter Ansatz wäre, Staaten, die Russland deutlich besser beeinflussen können, dazu zu bringen, diesen Einfluss auch auszuüben. Der brasilianische Präsident Lula da Silva hat schon ein Angebot gemacht, China hat einen Friedensplan angekündigt. So kann ich mir vorstellen, Russland zu Verhandlungen zu bewegen.

Ist die Ausbildung von ukrainischen Soldaten in Deutschland an westlichen Waffen nicht schon eine Kriegsbeteiligung?

Das ist auf jeden Fall völkerrechtlich ist der Übergang sehr fließend. Er beginnt dann, wenn wir eine kollektive Selbstverteidigung betreiben. Kollektiv wird es, wenn wir nicht nur Waffen liefern, sondern gleichzeitig Logistik sicherstellen, oder darüber auch partielle Kriegsziele mit beeinflussen. Das wäre völkerrechtlich zwar legitim, denn es handelt sich eindeutig um einen Verteidigungskrieg der Ukraine, allerdings würde es die Einbeziehung in den Krieg bedeuten. Und diese Schwelle dürfen wir nicht überschreiten. Das böte ein Eskalationspotenzial, was kein Mensch auf dieser Welt verantworten kann.

hen oder nicht, ist unerheblich. Wichtig ist, ob man sich dort bedroht fühlt.

Kann man überhaupt noch mit Putin verhandeln? Putin wird ein Kriegsverbrecher genannt, der sich ohnehin an keinerlei Verhandlungsergebnisse halten werde.

Das ist zunächst einmal ein Zeichen dafür, dass das gegenseitige Vertrauen auf dem Nullpunkt ist. Das wird auch absehbar so bleiben. Es geht in der internationalen Politik aber nicht nur um Vertrauen, es geht auch um Sicherheitsgarantien. Man kann beispielsweise UN-Truppen zwischen die Fronten stellen. Man kann bestimmte Abrüstungsvereinbarungen treffen. Auch ein Truppenabzug weit hinter die ukrainische Grenze wäre möglich. Es geht nicht darum, ob Herr Putin die Wahrheit spricht, es geht darum, ob man Si-

Sie scheinen mit Ihrer kritischen Einstellung zu Waffenlieferungen an die Ukraine ziemlich in der Minderheit zu sein.
Die Frage ist: Was ist die Minderheit? In der politischen Landschaft ist das sicherlich so. Aber um die 50 Prozent der Bevölkerung sind durchaus genauso skeptisch wie ich. Es ist ja auch nicht so, dass wir die Ukraine nicht unterstützen wollen. Aber die Lieferung immer schwererer Waffen führt gleichzeitig zu einer weiteren Eskalation durch Putin. Er zeigt dabei, dass er keinerlei Skrupel hat, auch zivile Ziele anzugreifen. Wir kommen so in eine Eskalationsspirale, die zu mehr Zerstörung, zu mehr Leid, aber nicht zu einem Ergebnis führt. Für mich ist zudem der Grundsatz ganz wichtig: Die Nato darf nicht Kriegspartei werden, und das hängt durchaus auch damit zusammen, welche Waffen geliefert werden.

Sie hatten sich bereits im August zusammen mit anderen SPD-Politikern für Friedensverhandlungen ausgesprochen.
Uns war bewusst, dass wir damit nicht sofort politische Mehrheiten gewinnen. Zumal die Gemengelage extrem schwierig ist. Putin lehnt bisher jede Verhandlung ab. Genauso die ukrainische Seite. Es kommt darauf an, überhaupt die Bereitschaft zu Friedensverhandlungen zu wecken. Ich setze dafür auf zwei Punkte: Zum einen, es gibt ja schon Ich glaube, bisher sind wir keine Kriegspartei. Allerdings, das muss man wissen, lich nicht eindeutig.

Wie können in der festgefahrenen Situation heute überhaupt Friedensverhandlungen aussehen?
Ein Ergebnis durch Diplomatie können nur die betroffenen Parteien erreichen. Klar ist, es wird um territoriale Fragen gehen. Man kann sich eingefrorene Konflikte vorstellen. Man kann sich Referenden unter Aufsicht vorstellen. Zudem werden Sicherheitsgarantien für beide Seiten Verhandlungsgegenstand sein. Die Ukraine muss sicher sein, nicht nach kurzer Zeit wieder überfallen zu werden. Und auch die russische Seite braucht diesbezügliche Zusagen. Dort sieht man sich offensichtlich auch in seiner Sicherheit bedroht. Ob wir sie wirklich bedro- cherheitsgarantien als Taten vereinbaren kann. Das bedeutet sicher, komplizierte Verhandlungen zu führen, aber komplizierte Verhandlungen finde ich immer noch besser, als dass täglich Hunderte von Soldaten sterben und dass die Ukraine Schritt für Schritt immer weiter in Schutt und Asche gelegt wird.

Aus der CDU heraus sind Sie als Putin-Versteher kritisiert worden. Wie antworten Sie darauf?
Das ist nichts weiter als eine Diffamierung, um politische Lösungen für völlig unmöglich zu erklären. Noch mal: Es geht mir nicht um Diplomatie als Alternative zur wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der Ukraine. Es geht um eine Ergänzung. Man muss alle Chancen nutzen, um diesen Krieg zu beenden.

Das Interview führte Gerwin Möller.

An diesem Freitag, 24. Februar, jährt sich der völkerrechtswidrige Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine zum ersten Mal. Das Friedensforum Delmenhorst nutzt den Jahrestag und lädt ab 18 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung in den Gemeindesaal der Kirchengemeinde Heilig-Geist, Deichhorster Straße 5, ein. Als Referent ist der SPD-Europaabgeordnete aus Bremen, Joachim Schuster, eingeladen.

Der Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Joachim Schuster (SPD), spricht am Freitagabend beim Friedensforum über den Ukraine-Krieg. FOTO: KUHAUPT

Was in Erinnerung bleiben wird

Flucht aus Lwiw

Februar 2022: Von der grenznahen Stadt aus flüchten viele Menschen nach Beginn des russischen Angriffs – etwa mit dem Zug nach Polen. Inzwischen haben laut UN-Nothilfebüro Ocha rund acht Millionen Menschen die Ukraine verlassen. 5,4 Millionen sind Vertriebene im eigenen Land.

Zuflucht unter zerstörter Brücke

März 2022: Unter schwierigen Bedingungen werden Menschen aus der nordwestlich von Kiew gelegenen Stadt Irpin vor den russischen Angriffen in Sicherheit gebracht. Hunderte Zivilisten suchen vorübergehend unter einer zerstörten Brücke Schutz.

Angriff auf Entbindungsstation

März 2022: Die südostukrainische Hafenstadt wird zum Symbol für die völlige Zerstörung durch russische Angriffe. Sogar ein Entbindungskrankenhaus wird bombardiert. Das Stahlwerk Azovstal ist viele Wochen lang umkämpft, bis die letzten Verteidiger schließlich im Mai aufgeben.

Kriegsgräuel in Butscha

Russische Rakete trifft Bahnhof

Getreidefrachter verlässt Odessa

April 2022: Kaum eine andere ukrainische Stadt wird so mit Kriegsgräueln assoziiert wie der Kiewer Vorort Butscha. Nach dem Abzug russischer Truppen werden dort Hunderte Leichen von Zivilisten gefunden – teils mitten auf der Straße, mit Folterspuren und auf dem Rücken gefesselten Händen.

April 2022: In Kramatorsk trifft eine russische Rakete einen Bahnhof, an dem Menschen auf ihre Evakuierung warten. Rund 60 Personen sterben, darunter viele Kinder. Die UN-Menschenrechtskommission in der Ukraine bezeichnet den Angriff als klaren Bruch des humanitären Völkerrechts.

August 2022: Nach monatelanger Blockade verlässt am 1. August der erste Getreidefrachter den Schwarzmeer-Hafen von Odessa. Die Ukraine und Russland hatten zuvor unter Vermittlung der UN und der Türkei ein Abkommen unterzeichnet, um wieder Getreideausfuhren zu ermöglichen.

Beschuss auf Atomkraftwerk

August/September 2022: Der Name des Kernkraftwerks Saporischschja steht für eine drohende nukleare Katastrophe. Im Spätsommer beschuldigen sich die Ukraine und Russland gegenseitig, den Atommeiler zu beschießen. Die Internationale Atomenergiebehörde dringt auf eine Sicherheitszone.

Massengräber in Isjum

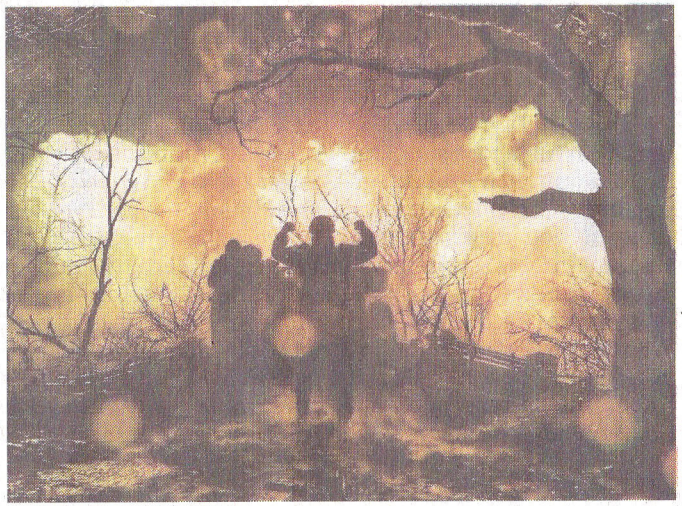
September 2022: Nachdem der Ort Isjum in der Ostukraine von der russischen Besatzung befreit wird, werden in einem Wald Gräber mit mehr als 400 Toten entdeckt. Die meisten von ihnen sind Zivilisten. Forensiker untersuchen die Toten und finden Spuren von Folter. FOTOS: DPA

Krim-Brücke wird schwer beschädigt

Oktober 2022: Bei einer Explosion stürzen zwei Teilstücke der 19 Kilometer langen Brücke von Kertsch ein, die Russland und die Krim verbindet. Der Kreml spricht von einem Terroranschlag durch die Ukraine. Am Donnerstag gab Russland bekannt, dass die Brücke wieder befahrbar sein soll.

Präsident auf Truppenbesuch

Schutzräume in der U-Bahn von Kiew



Kampf um Bachmut

November 2022: Wenige Tage nach dem Abzug russischer Truppen reist der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nach Cherson: „Damit sie spüren, dass wir nicht nur davon reden, nicht nur versprechen, sondern real zurückkehren, unsere Flagge hissen."

Dezember 2022: Die U-Bahnhöfe von Kiew werden zu einem wichtigen Schutzraum vor russischen Luftangriffen, die auf zivile Infrastruktur zielen. In den ersten Kriegsmonaten leben Menschen zum Teil mehrere Wochen dort. Später sind es regelmäßig Stunden, die sie dort verbringen müssen.

Februar 2023: Der Kampf um die ostukrainische Stadt Bachmut ist die derzeit blutigste Schlacht. Nach Angaben beider Seiten gibt es dort hohe Verluste. Von vormals 70000 Menschen leben nach Angaben ukrainischer Behörden noch etwa 5000 in der Frontstadt.

„Es wird blutige Schlachten geben"

INTERVIEW Osteuropa-Experte Klaus Gestwa analysiert den Krieg in der Ukraine

Hamm/Tübingen – Friedensverhandlungen sind nicht in Sicht und Waffenlieferungen an die Ukraine bitter nötig. Das sagt Professor Dr. Klaus Gestwa (59), der an der Universität Tübingen das Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde leitet. Im Interview mit Frank Lahme analysiert der Osteuropa-Experte auch die Lage Putins im eigenen Land und die künftige Rolle Chinas.

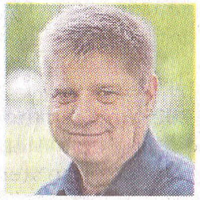
Wie wird der Krieg in der Ukraine weitergehen? Läuft nicht alles auf einen endlosen Stellungskrieg hinaus?

Ein Ende der Kriegshandlungen ist nicht in Sicht. Der russische Zermürbungskrieg wird sich 2023 fortsetzen. Seit Monaten können wir beobachten, dass Russland einen neuen Großangriff auf die Ostukraine vorbereitet. Diese Offensive gewinnt aktuell erheblich an Dynamik. Gerade um Bachmut herum hat sich ja schon so etwas wie ein Stellungskrieg entwickelt. Hier wirft die russische Seite bedenkenlos die Söldnertruppe Wagner mit ihren aus Gefängnissen rekrutierten Soldaten in den Fleischwolf des Kriegs.

russischen Armee in der Ukraine sind und dass der Ukraine ebenfalls die Munition auszugehen droht. Wie lange können beide Seiten so noch weitermachen?

Die ukrainische Seite hat zuletzt die Lieferung von Kampfjets gefordert. Diese stehen aber eigentlich nicht oben auf der Liste des militärisch Notwendigen. Viel wichtiger sind Kampfpanzer, um Vorstöße durch die russischen Linien zu wagen. Zudem ist die Lieferung von Munition entscheidend. Bidens Besuch am Montag in Kiew war nicht nur ein mutmachender symbolischer Akt. Der US-Präsident brachte auch wichtigen Zusagen mit für die weitere Lieferung von Munition, Panzerabwehrraketen, Radarsystemen und auch von Waffen mit großer Reichweite. Mit dem letzten Punkt sind wohl HIMARS-Angriffskriege und Formen der nuklearen Erpressung lohnen. Nachahmer in anderen Regionen der Welt könnten schnell parat stehen. Ich denke vor allem an China in der Taiwan-Frage, aber auch an aufstrebende Mächte wie Saudi-Arabien oder den Iran. Ferner wissen wir nicht, was Nordkorea mit seinen Atomraketen vorhat. Wir müssen uns vor Augen führen, dass gegenwärtig mehr als nur die Ukraine auf dem Spiel steht. Aktuell erfolgt die globale Weichenstellung für die weitere politische Entwicklung im Ringen zwischen Demokratie und Autokratie, zwischen Völkerrecht und Eroberungswahn.

Aber es ist doch unrealistisch zu glauben, dass es der Ukraine gelingt, Putins Armee komplett aus dem Land zu treiben, oder?



„Beide Seiten werden versuchen, die gegnerischen Linien zu durchbrechen, um größere Gebietsgewinne zu erzielen.

Professor Klaus Gestwa

ressante Meinungsumfragen zum Vorschlag Friede gegen Territorium. In Deutschland stimmen dem 50 Prozent zu. In der Ukraine sagten über 90 Prozent allerdings, dass es erst Waffenstillstandsver-

pagandamaschine läuft seit einem Jahr auf Hochtouren. Es gibt große Teile in der russischen Bevölkerung, die der Z-Propaganda des Kremls glauben. Dazu zählen vor allem ältere Menschen und Leute in der Provinz, die kaum andere Informationsquellen als das Fernsehen haben. Diejenigen, die politisch Widerstand geleistet haben, sind wegen der brutalen Verfolgung ins Ausland gegangen. Die aktuellen Schätzungen gehen von 700 000 Menschen aus. Sie fehlen natürlich, um den gesellschaftlichen Unmut und auch die Trauer wegen der Kriegsverluste politisch in Form von Massenprotesten zu organisieren.

Aber sie fehlen doch auch, um das Land zukunftsfähig zu halten. Das ist doch die intellektu-

den Eliten im Kreml nicht mehr als Garant der Ordnung, sondern als Destabilisator gesehen und damit herausgefordert wird, der Großteil der russischen Bevölkerung kein Problem mehr damit haben würde, sich von ihm zu verabschieden. Noch sitzt Putin allerdings einigermaßen fest im Sattel. Es braucht vor allem militärische Niederlagen auf den ukrainischen Schlachtfeldern, bis seine Macht tatsächlich ins Rutschen gerät.

Welche Rolle spielt China?

China will auf keinen Fall auf der Verliererseite sein. Als die Ukraine im Spätsommer auf dem Schlachtfeld Erfolge erzielte, übte Peking Druck auf Putin aus, er solle dem Krieg ein Ende bereiten. Zudem machte Peking dem Kreml klar, dass es den Einsatz von Nuklearwaffen auf keinen

ketengeschosse mit einer Reichweite von bis zu 200 Kilometern statt bisher nur 80 Kilometer gemeint. Damit bekäme die ukrainische Armee die Möglichkeit, russische Nachschubwege stärker unter Beschuss zu nehmen. Das würde eine neue militärische Dynamik in Gang setzen, aber auch ein hohes Eskalationspotenzial in sich bergen, weil der Krieg so zunehmend auf russisches Territorium getragen werden könnte.

In Deutschland ist es durchaus populär, der Ukraine zu empfehlen, Territorium gegen Frieden einzutauschen. Ein bedenklicher Weg?

Putin die Ende September 2022 neu annektierten Gebiete zuzubilligen, ist kein Ausweg. Zum einen wird sich die Ukraine nach den schrecklichen russischen Kriegsverbrechen nicht darauf einlassen können, die dort lebenden Millionen ukrainischer Bürger der brutalen russischen Besatzungsherrschaft zu überlassen. Zum anderen wäre ein derartiges Abkommen das komplett falsche Signal an die Welt des 21. Jahrhunderts. Es würde deutlich machen, dass sich Angriffskriege lohnen.

Die Ukraine versucht aktuell, dem russischen Großangriff standzuhalten. Bislang ist das halbwegs gelungen. Die ukrainischen Verbände haben sich in Bachmut eingegraben und werden nicht auf breiter Front zurückgeschlagen. Wenn bald die Leopard-Panzer an der Front ankommen, könnte die ukrainische Armee mit dieser Schlagkraft in der Lage sein, Vorstöße durch die russischen Linien Richtung Mariupol oder Krim zu wagen. Das würde das Kriegsgeschehen verändern. Fraglich bleibt aber, ob diese neue Offensivkraft es ermöglicht, die russischen Truppen vom ukrainischen Territorium zu vertreiben.

Also es geht einfach weiter, und wir wissen nicht, wie es enden soll?

Niemand kann sagen, wie dieser verdammte Krieg enden wird. Putin stellt seine Volkswirtschaft auf einen Zermürbungskrieg ein, um seinen Kriegstriumph unter allen Umständen zu erzwingen. In der Ukraine ist die Wehrhaftigkeit weiterhin sehr hoch, weil dort niemand Teil der russischen Welt werden will. Zuletzt gab es interhandlungen mit Russland geben dürfe, wenn sich die russische Armee aus allen besetzten Gebieten zurückgezogen habe – auch von der 2014 annektierten Halbinsel Krim. Wir können also auf beiden Seiten gerade das Primat des Militärischen erkennen. Das führt dazu, dass sich das blutige Kriegsgeschehen in den nächsten Monaten mit noch gesteigerter Intensität fortsetzen wird. Nach dem Ende der Schlammzeit sind große Schlachten und Formen des Bewegungskriegs zu erwarten. Beide Seiten werden versuchen, die gegnerischen Linien zu durchbrechen, um größere Gebietsgewinne zu erzielen. Niemand kann sagen, wer am Ende die Überhand haben wird. Wenn wir die Ukraine weiter stärken wollen, dann müssen wir ihr weiter ausreichend Waffen und Munition liefern. Ansonsten wird die Ukraine verlieren und untergehen.

Sehen Sie die Möglichkeit, dass Putins Stuhl ins Wanken gerät – vielleicht auch nach seiner Rede an die Nation?

Seine Rede war wirklich enttäuschend – nichts wirklich Neues. Aber die russische Prominelle Elite, die geht, oder?

Das auf jeden Fall. Russland sind im letzten Jahr zahlreiche Spitzenkräfte aus Wirtschaft, Naturwissenschaft und Kultur verloren gegangen. Bedeutende Zukunftsprojekte liegen zudem wegen der Sanktionen brach – sei es im Bereich der Informationstechnologie, der Wasserstoffproduktion oder auch beim Ausbau der Nord-Ost-Passage durch das Nordpolarmeer zu einem international bedeutsamen neuen globalen Handelsweg. Aber lassen Sie mich den Gedanken zur gesellschaftlichen Stimmung noch zu Ende führen: Mein Eindruck – und das wird mir in den Telefonaten mit Kollegen und Freunden in Russland bestätigt – ist, dass die meisten Russen bemüht sind, den Krieg von sich fernzuhalten. Aber er bricht natürlich trotzdem immer in ihren Alltag ein – allein wegen der vielen Toten und Verwundeten. Fraglich bleibt, ob es sich bei dieser bewussten Distanzierung vom Kriegsgeschehen um Apathie und Lethargie oder um eine Art passiven Widerstand handelt. Ich glaube aber, dass in dem Moment, in dem Putins Macht weiter bröckelt und er von Fall dulden würde. Jetzt scheint sich wieder etwas zu verschieben. Das liegt auch daran, dass sich das amerikanisch-chinesische Verhältnis in letzter Zeit erheblich verschlechtert hat – ich erinnere nur an den abgeschossenen Spionage-Ballon. Es kann sein, dass sich China nicht nur mit politischen Initiativen als Friedensmacht in Szene setzen will, sondern durch eine Stärkung Russlands zugleich versucht, mehr Druck auf die USA auszuüben. Sollte Peking aber tatsächlich Waffen oder militärisch nutzbare Güter an die Russland liefern, dann wäre dies ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Dieses sieht nämlich vor, dass andere Staaten nicht dem Aggressor, sondern nur dem überfallenen Land Waffenhilfe leisten dürfen. Wirtschaftssanktionen gegen China müssten dann die Folge sein. Das hätte schwere Folgen für die Weltwirtschaft. Sie könnte dadurch in Schieflage geraten. Das würde gleichsam China schwer treffen, und das ist der Führung in Peking natürlich bewusst. An diesem globalen Machtpoker sehen wir noch einmal, wie viel aktuell eigentlich auf dem Spiel steht.